

Mitteilung:

Aufgrund von Anregungen im vergangenen Jahr wurde das Fördergebiet für das Bundesprojekt an zahlreichen Stellen verändert. Dadurch wurden auch ergänzende Kartierungen und Maßnahmenplanungen erforderlich, mit entsprechenden Verzögerungen bei der Erarbeitung des Pflege- und Entwicklungsplanes (PEPL). Das Projektbüro geht nunmehr von einer Fertigstellung bis Ende 2013 aus, erste Maßnahmen können demnach ab 2014 umgesetzt werden. In Abstimmung mit den Geldgebern wurde bereits ein entsprechender Änderungsantrag eingereicht (Verlängerung der Planungsphase um ein halbes Jahr). Eine Bewilligung ist in Aussicht gestellt worden.

Durch die Verlängerung der Planungsphase verändert sich die Finanzplanung mit der Folge, dass in 2013 und 2014 deutlich geringere Ausgaben getätigt werden müssen (Planungsphase ist erheblich günstiger als die Durchführung von Maßnahmen). Dies wurde auf Kreisebene im Entwurf des Doppelhaushaltes 2013/2014 bereits berücksichtigt.

Aktuell erfolgt die detaillierte Maßnahmenplanung. Diese ist bereits für 3 der 6 Teilgebiete fertig gestellt und hausintern abgestimmt. Parallel hat das Projektbüro mit den angekündigten Informationen für die Bürgerinnen und Bürger begonnen und zu dezentralen Veranstaltungen eingeladen. Dabei werden die Grundzüge des Projektes und die Entwürfe für die möglichen Förderangebote vorgestellt. Insbesondere sollen Grundeigentümer und Bewirtschafter zur Mitwirkung am Projekt motiviert werden. Darüber hinaus sind weitere Veranstaltungen für Landwirte und Waldbauern geplant.

Die bisherige Resonanz auf das Projekt ist grundsätzlich positiv, viele Bürger zeigen Interesse an den Inhalten und den angekündigten Fördermaßnahmen. Von vielen Akteuren werden die offene und transparente Planung und der kooperative Ansatz hervorgehoben. Dies gilt auch für die Kommunen, die über die Gremien aktiv in das Projekt eingebunden sind und zusätzlich über eine kommunale Runde und verschiedene Informationen in den Ausschüssen beteiligt werden.

Aus 5 der 6 Kreiskommunen liegen positive Voten zur Projektteilnahme vor, die vorgesehenen Eigenanteile wurden für die bisherige Projektlaufzeit übernommen. Lediglich in Eitorf gibt es Vorbehalte, die bedauerlicherweise entweder auf falschen Informationen beruhen oder durch sachfremde Verknüpfungen zu anderen Fragestellungen geäußert werden; bei letzteren spielen Absichten der Gemeinde, neue Gewerbegebietsflächen voranzubringen, eine besondere Rolle.

Die Kreisverwaltung hat in mehreren Schreiben und zwei Besuchen des zuständigen Ratsausschusses klargestellt, dass niemand zu einer Teilnahme an einem freiwilligen Förderprogramm gezwungen wird. Bleibt es bei der ablehnenden Haltung der Gemeinde, dann werden für die privaten Grundeigentümer, Nutzer oder Pächter in Eitorf keine Fördermittel für die Maßnahmenphase beantragt. Im Einvernehmen mit den übrigen Kommunen im Projekt haben Vertreter der Gemeinde Eitorf bisher an allen Sitzungen von Arbeitskreisen usw. zu Chance7 informell teilgenommen, um der Gemeinde den Weg ins Förderprogramm offen zu halten. Das sollte vor allem falschen

Informationen, die in den Gremien der Gemeinde immer wieder kursieren, vorbeugen. Dieses Entgegenkommen muss aber mit Ende der Planungsphase auch mit Rücksicht auf die übrigen (zahlenden) Projektkommunen ihr Ende finden, wenn es bei der ablehnenden Haltung bleibt.

Im Auftrag